Die Wahlen in der Türkei und die Folgen

...

Das Land diskutiert diese Tage intensiv die Frage, warum gegen alle Voraussagen der Meinungsforschungsinstitute Erdogan dennoch bei den Wahlen als Sieger hervorgegangen ist. Von Wahlfälschung, Manipulation, Missbrauch der Macht ist die Rede. Diese einfachen Erklärungen mögen Gefühle befriedigen, widerspiegeln jedoch nicht die politische Realität. Welche Chance die Türkei und wir durch die Entscheidung der Wähler verpasst haben, ist kaum zu überschätzen.

Oppositionsbündnis - Millet Ittifaki

Kemal Kilicdaroglu, Vorsitzender der Republikanischen Volkspartei (CHP), war ein zentraler politischer Akteur, der die historischen Gräben der türkischen Politik überwunden und eine demokratische Alternative zur herrschenden Orientalischen Despotie entworfen hat. Das Oppositionsbündnis, bestehend überwiegend aus säkularen Kräften, hatte es geschafft, Teile der islamisch geprägten politischen Parteien für den Kampf einer parlamentarischen Demokratie und Errichtung eines Rechtsstaates zu gewinnen. Die drei Parteien Saadet, Genc Partei und DEVA sind alle aus der Spaltung der Regierungspartei AKP hervorgegangen. Ein solches Bündnis ist deshalb eine historische Leistung, weil das erste Mal in der türkischen Geschichte die historische Spaltung Säkular versus Moslem überwunden wurde. Dieser politische Graben war in den letzten Jahren, vor allem nach den Gezi Protesten Erdogans Feld der Polarisierung geworden. Die Kopftuchfrage wurde trotz Entschärfung seitens Erdogans genutzt, ja zur Verfassungsfrage gemacht, um Moslem gegen Säkular zu mobilisieren. „Millet Ittifaki“ hat mit der Frage der parlamentarischen Demokratie und des Rechtsstaats diese Strategie der Polarisierung wegen der Religion durchkreuzt. Das Land diskutierte nicht mehr die Frage der Religionsfreiheit, sondern vielmehr Korruption, Willkür und fehlende Gerechtigkeit.

Auch der zweite politische Graben, die Kurdenfrage wurde in das Konzept der Opposition eingebettet. Weshalb die Kurden, selbst wenn sie nicht am Tische des Oppositionsbündnisses saßen, keinen Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten stellten und Kemal

Kilicdarorglu unterstützten. Erdogans Konzept „Islam“ als Polarisierungsinstrument fand bei einer erdrückenden Mehrheit der konservativen Kurden keine Unterstützung.

Die Hoffnung vieler, wie ich, und die Erhebungen von Meinungsforschungsinstituten sagten diesem Bündnis, aus Moslems, säkularen Türken und Kurden eine satte Mehrheit im Parlament und einen Sieg bei der Wahl um das Amt des Staatspräsidenten voraus. Hatte dieses Bündnis doch vor drei Jahren Erdogan in seiner politischen Heimat Istanbul bei Kommunalen Wahlen geschlagen. Hinzu kam die auch von Erdogan nicht geleugnete ökonomische und politische Krise, die Erdogan zu verantworten hat. Lassen Sie mich bevor ich auf die Ruinen Erdogans eingehe, versuchen seinen Wahlerfolg kurz zu erklären.

Erdogans Ruinen und die Wahlen

Um Erdogans Wahlerfolg, trotz der institutionellen und ökonomischen Krisen, zu verstehen, müssen wir auf die ersten erfolgreichen Jahre der Politik Erdogans eingehen. Denn er schöpft auch heute noch aus den Erfolgen dieser Jahre politisches Kapital. Seine Popularität scheint in Teilen der türkischen Bevölkerung heute noch ungebrochen zu sein.

Erdogan trat 2002 als Alternative gegen eine gescheiterte Politik der 90'er Jahre auf die politische Bühne. Seine Partei AKP ist mit der Kampfansage gegen drei Y, - Yolsuzluk, Yoksulluk, Yasaklar – Korruption, Armut und Verbote angetreten. In der Tat waren diese Jahre fast genauso dramatisch durch Korruption und Repression des Staates gekennzeichnet, wie heute. Verstärkt durch das Erdbeben 1999 vertiefte sich damit einhergehend die ökonomische Krise dramatisch.

Erdogan präsentierte sich wie ein Volkstribun, gegen das vom Militär hinterlassene, zum Teil von Militärs gesteuerte System der säkularen Eliten, die sich westlich definierten, jedoch weder die Demokratie noch den Rechtsstaat verinnerlicht hatten. Jahrzehnte war das Volk eine zu erziehende Masse und erlebte nur einen autoritären Staat. Erdogan hat nicht nur diesem autoritären Staat den Kampf angesagt, sondern erweiterte die Sozialleistungen für Schichten, die weder an der Bildung noch der Gesundheitsversorgung des Staates bis dato Anteil hatten. Mit Erdogan begegneten sie zum ersten Mal der

warmen Hand des Staates. Sie wurden in den Ämtern nicht von oben herab erniedrigt, sondern wie ein normaler Bürger behandelt.

Es war nicht viel, was der Staat verteilte. Es reichte jedoch die Kinder in die Schulen zu schicken und eine Grundversorgung an Lebensmitteln zu kaufen. An die, die auch dies nicht schafften, verteilten die Kommunen Carepakete, die die säkulare Elite als „Kohle und Makkaroni“ Pakete verspottete, womit Erdogan Stimmen kaufte, um Wahlen zu gewinnen. Diese warme Hand des Staates war und ist heute noch ein Grund der Wahlerfolge der AKP, jedoch nicht nur.

Erdogan hat in den ersten Zehn Jahren seiner Regierung nicht nur ein beeindruckendes politisches Reformprogramm umgesetzt, sondern auch eine ökonomische Entwicklung hingelegt, die das Land bis dato nicht kannte. Pro Kopf stieg das Einkommen in diesen ersten zehn Jahren von 3.500 USD auf 14 Tausend. Die Massen haben also nicht nur die warme Hand des Staates erlebt, sondern hatten auch Anteil am ökonomischen Wohlstand. Die Verfassungsreform von 2010, die Erdogan heute einen politischen Fehler nennt, gewann die AKP mit 57%, weil das Land in Beitrittsverhandlungen mit der EU nicht nur die Demokratisierung des Landes erblickte, sondern auch den ökonomischen Wohlstand erfuhr. Als der sog. Arabische Frühling begann, war deshalb nicht nur in Europa der Begriff „Modell Türkei“ ein Modebegriff. Selbst die arabischen Nationalisten negierten diesen Eindruck nicht und sprachen von einer „Quelle der Inspiration“.

Viele Analysten setzten die Wende in der Türkei auf das Jahr 2013, also das Jahr der Proteste um den Park Gezi in Istanbul. Diese Proteste waren jedoch eine Reaktion auf die Politik Erdogans, die sich bereits 2011 abzuzeichnen begann und im Schatten des Arabischen Frühlings verstärkte. Der Diskurs um den Austritt aus dem „Istanbul Protokoll“ um die Beschneidung der Rechte von Frauen begann bereits in dieser Zeit. Initiativen wie z.B. „das Zusammenleben unverheirateter Studenten“ per Gesetz zu verbieten, wurden bereits 2011 diskutiert. Die Demontage der Sekundarstufe, um die religiösen Imam Hatip Schulen zu fördern, begann auch bereits 2011.

Es würde den Rahmen dieser Debatte sprengen, wenn wir der Frage nachgehen, was Erdogan zu solchem politischen Wandel verleitet haben könnte... Den politischen Diskurs Erdogans als Bürgermeister

der Stadt Istanbul zu lesen, genügt, einen Islamisten in ihm zu erkennen. Dies erklärt jedoch nicht, warum er bis 2011 eine andere Politik verfolgte und nun alle seine politischen und ökonomischen Erfolge demontierte.

Denn, was wir heute als politische Realität haben, ist politisch ein tief gespaltenes Land, regiert von einer repressiven politischen Macht a la Putin. Ein durch und durch korruptes System ohne jede demokratische oder gerichtliche Kontrolle. Die Türkei wird vom Gutdünken eines Mannes oder eine Gruppe von Männern dominiert. Es gibt zwar immer noch ein Parlament, eine Gerichtbarkeit, eine Verfassung, einen Rechnungshof etc. Diesen Institutionen werden jedoch die elementaren Funktionen vorenthalten. Erdogan spricht von „uyum“ Harmonie in der Legislative, Judikative und Exekutive. Am deutlichsten beobachten wir diese „Harmonie“ in Entscheidungen von Gerichten, wie im Fall von Osman Kavala oder Hunderter von Journalisten, Juristen, Politikern, die entweder in den Gefängnissen sitzen oder angeklagt sind. Erklärt zu „Terroristen“.

Die ökonomischen Folgen der Rechtlosigkeit und die institutionelle Ruine sind auch die Quelle der anhaltenden ökonomischen Krise in der Türkei. Das Land durchlebt eine Inflation bis zu 100 % und mehr im Jahr, die Arbeitslosigkeit nimmt zu, die Abwertung der Währung, Kapitalflucht hält an, das Pro Kopf Einkommen hat sich in den letzten Zehn Jahren halbiert und liegt heute etwas über 7.000 USD.

Dennoch gewinnt Erdogan die Wahlen. Ein Paradox?

Sein Herausforderer Kemal Kilicdaroglu hat zwar die Instrumentalisierung der Presse, des öffentlichen Rundfunks, alle Ressourcen des Staates als Wahlinstrument zu nutzen, kritisiert, jedoch bis jetzt nicht von Wahlfälschung gesprochen. Er weist auf folgende Tatsache hin:

„Wo haben wir verloren? ... In Dörfern, kleinen Ortschaften, wo 1-3 Wahlurnen aufgestellt sind. Hier hat Kilicdaroglu 3.580.115, Erdogan 6.100.355 Stimmen erhalten. In Ortschaften, wo mehr als 3 Wahlurnen aufgestellt waren, also in den Städten hat Kilicdaroglu 51% der Stimmen, Erdogan 49% bekommen. Die Städte haben für die Demokratie gestimmt“. Sagt er.

Er weist dann auf die Gründe hin. „Wir sind auch der Frage nachgegangen, warum die Menschen auf dem Lande von der ökonomischen Krise nicht getroffen wurden. Sehr einfach, wer 500 TL hat, hat ohnehin keine Möglichkeit das Geld auszugeben. Wo soll er das im Dorf denn ausgeben?“ⁱ

Diese in den Dörfern zutreffende Struktur gibt es jedoch auch am Rande der türkischen Städte. Evren Balta versucht diese Tatsache am Stadtteil Tepecik in Izmir, einer Hochburg der Opposition, nachzuweisen und hebt hervor, dass die Polarisierung der Wähler auf ein Schema „Konservative versus Säkulare nicht reduziert werden kann“. „Auch Tepecik ist von der Inflation nicht unerheblich betroffen. Das Geld reicht gerade für den Tag aus und „es bleibt nur das Fahrgeld für den nächsten“ sagen die Menschen in Tepecik. Die Leute „lieben“ Erdogan in Tepecik. „Er ist einer von uns“ sagen sie. Fügen dann gleich hinzu „natürlich, er ist stark“. Die typisch populistische Anti-Eliten Rhetorik Erdogans wird hier besonders hervorgehoben.

Die politische Karte Istanbul bestätigt die Realität im Stadtteil Tepecik von Izmir. Die Wahlergebnisse der beiden Kandidaten in den Stadtteilen sagen viel über die Wahlen und Wähler aus. Erdogan liegt in den Stadtteilen „Bağcılar (59,68%), Esenler (64,18%), Arnavutköy (63,68%), Başakşehir, Sultangazi (59,68%), Gaziosmanpaşa etc. klar vorne. Der Kandidat der Opposition - Millet İttifakı - Kemal Kilicdaroglu erzielt traumhafte Ergebnisse in den bürgerlichen Stadtteilen wie Beşiktaş (82,52%), Kadıköy (82,44%), Şişli, Bakırköy (76,20%), Maltepe ve Adalar (74,18%).ⁱⁱⁱ

Es gab jedoch einen weiteren wichtigen Faktor bei diesen Wahlen, den Erdogan geschickt mit Anti-Europäischem Populismus, Terror als Bedrohung verknüpft hat. Nationalismus. Die Opposition konnte auf diese Kampagne keine Antwort finden, erreichte auch mit ihrer unsäglichen Anti-Flüchtlingsrhetorik kaum etwas, weil Erdogan die Kurdenfrage auf Terror reduziert hatte. Seine Wahlerfolge im Zentralen Hochland und an der Schwarzmeerküste kann man durchaus damit erklären.

Was erwarten uns nun die kommenden fünf Jahre?

Mit dem neuen Kabinett hat Erdogan in der Frage der Ökonomie bereits eingelenkt, weshalb viele Kommentatoren eine „neue Politik“

und Wende für die Zukunft erwarten. Die religiös motivierte Anti-Zinsen Rhetorik und „Zinsen als Ursache der Inflation“ und nicht umgekehrt, scheint „Ökonom“ Erdogan, wie er sich selbst bezeichnet, aufgegeben zu haben. Es wird erwartet, wie sein neuer Finanz- und Wirtschaftsminister betonte, dass eine „rationale“ Politik Richtschnur der Regierung sein wird.

Auch der neue Innenminister und der neue Minister für Justiz heben die Rechtstaatlichkeit und die Grundrechte besonders hervor. Sie gehen sogar einen Schritt weiter, den wir seit den letzten zwanzig Jahren gut kennen und fordern einen breiten Dialog für eine neue demokratische Verfassung.

Wenn Sie mich fragen, ob ein Zurück zu den ersten zehn Jahren der AKP Regierung möglich ist, muss ich Sie leider enttäuschen. Ich glaube nicht, dass Erdogan eine austeritäre Wirtschaftspolitik längere Zeit dulden wird. Erst recht nicht, weil im März kommenden Jahres die Kommunalwahlen anstehen und für Erdogan Istanbul zurückzugewinnen sehr wichtig ist. Das System Erdogan stützt sich auf diese Stadt und Korruption ist dort einfacher zu organisieren als in Ankara.

Auch eine Reform der Justiz oder bei den Grundrechten erwarte ich nicht. Die Debatte über die Verfassung werden wir mit der Rhetorik „Demokratie und Grundrechte“ öfter hören. Was jedoch davon übrig bleiben wird, ist, das „Kopftuch“ mit einer Verfassungsgarantie zu versehen und einen neuen Begriff der „Familie“ festzuschreiben um die Diskriminierung von sozialen Gruppen wie LGTB oder uneheliche Paare zur Verfassungsfrage zu erheben, sonst nichts.

...

ⁱ (<https://yetkinreport.com/2023/06/09/mahalleli-gozuyle-secimlere-bakmak/>)

ⁱⁱ (<https://yetkinreport.com/2023/06/09/mahalleli-gozuyle-secimlere-bakmak/>)

ⁱⁱⁱ

(<https://t24.com.tr/foto-haber/tayyip-erdogan-ve-kemal-kilicdaroglu-nun-istanbul-da-en-yuksekk-oy-aldigi-ilceler,23380/8>)